



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

VRdS.

Verband der Redenschreiber deutscher Sprache

Das Bürgerbild in politischen Reden

Eine Studie

der

Universität Koblenz-Landau

und des

Verbandes der Redenschreiber deutscher Sprache

Koblenz/Königswinter im November 2011

Inhalt

Einführung – methodische Erläuterungen	3
Die Reden.....	4
Einzelbewertungen.....	5
Gesamtbewertung.....	11

1. Einführung – methodische Erläuterungen¹

Wer redet, sagt mehr als das, was er ausspricht und oft mehr als das, was ihm bewusst oder gar genehm ist. Hört man Angela Merkel, Sigmar Gabriel, Thomas de Maizière oder andere führende Politiker reden und hört man sie öfters reden, so bekommt man ein Gespür dafür, was sie beim nächsten Mal, wie, sagen würden.

Aber eine gewisse Spannung bleibt diesen Reden immer erhalten, denn sie beziehen ihre Bedeutung mehr aus Amt und Funktion der Redner als aus deren rhetorischer Brillanz oder einem Willen zur Veränderung der Verhältnisse. Eine schlechte Rede der Kanzlerin zählt allemal mehr als die beste Rede eines Bürgermeisters, dessen Name höchstens die Bewohner seiner Stadt kennen.

Die Reden mögen um Haushaltspolitik oder Stuttgart 21 kreisen, am Rande beantworten sie bewusst oder unbewusst auch die Frage: Was halten Politiker von uns Bürgern? Woran denken sie, wenn sie an uns denken? Welche Bürgerbilder bevölkern ihre Vorstellungen bzw. welche Bilder projizieren sie in den Bürger hinein? Wenn man auf diese Fragen hin ihre Sätze sichtet, dann ist deren Klang nicht immer schmeichelhaft. Je beiläufiger sie fallen, umso verräterischer sind sie.

Um herauszufinden, was für ein Bild Politiker von Bürgern haben, wurden 10 Reden von Politikern analysiert. Diese Auswahl erfolgte nach symptomatischen Gesichtspunkten, nicht repräsentativen. Daher zeichnen die Ergebnisse Tendenzen nach und sollen vor allem die Diskussion anregen. Die Reden wurden nach ganz besonderen Anlässen sowie nach ihrem Presseecho ausgewählt. Bei der Untersuchungsmethode handelt es sich um eine qualitative Analyse von Begriffen, Inhalten und Bedeutungsrahmen.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Prof. Dr. Helmut Ebert
Institut für Kulturwissenschaft
Seminar Medienwissenschaft
Tel.: 0261 287 2194
E-Mail: hebert@uni-koblenz.de

Dr. Vazrik Bazil
Präsident des Verbandes der
Redenschreiber deutscher Sprache
Tel.: 030/22 00 28 92
E-Mail: bazil@vrds.de

¹Wir danken Frau Antonia Ebert von „IdeenPaten – Netzwerk für Innovation und Kommunikation“ (Bochum – Düsseldorf - Münster) für ihre Hilfe bei der Analyse dieser Reden.

2. Die Reden

1. Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Rede im Deutschen Bundestag (58. Sitzung) sog. Generaldebatte, 15.09.2010
2. Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Rede anlässlich der Veranstaltung „Die Europa-Rede“, 09.11.2010
3. Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Rede zur Verleihung des Medienpreises, 8.9.2010
4. Christian Wulff, Bundespräsident: Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern“, 03.10.2010
5. Joachim Gauck, Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten: Freiheit – Verantwortung – Gemeinsinn. Wir in unserem Staat (Kandidatur-Rede), 22.06.2010
6. Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender: Besser regieren für ein faires Deutschland, 26.09.2010
7. Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen Amtes: Rede anlässlich der Botschafterkonferenz des türkischen Außenministeriums, 07.01.2010
8. Dr. Guido Westerwelle, Außenminister: Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 11.02.2011
9. Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen: Rede im Rahmen der Vortragsreihe Forum Constitutionis Europae des Walter Hallstein-Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin, 26.01.2011
10. Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Inneren: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland: ein wertvoller Beitrag zur Integration, Rede anlässlich der Konferenz „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland – Perspektiven und Herausforderungen, 13.02.2010

3. Einzelbewertungen

Angela Merkel

Angela Merkel spricht lieber von den Menschen statt von den Bürgern. Das tut sie auch in der sog. Generaldebatte. Dabei verbindet sie den Begriff „*Mensch*“ oft mit einem Raumbegriff wie „*die Menschen in Deutschland*“. Vor allem der Ausdruck „*die Menschen in diesem Land*“ signalisiert, dass die Menschen nicht als Teil des politischen Betriebes oder der Macht gesehen werden.

Die Deutschen verfügen über verborgene innere Kräfte: „*Wir, die Deutschen, wollen stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind ... wir haben gezeigt, was in uns steckt.*“ An die Stelle der analytischen Durchdringung tritt das reine Zeigen auf „die“ Krise, welche zugleich räumlich gedacht wird, denn die Menschen gehen in Krisen hinein und kommen gestärkt (geläutert) hinaus. Neben das Bild des Raums tritt das Bild des Fahrzeugs, wenn davon die Rede ist, dass der Staat „*aussteigen* kann, und zwar aus seinen Bankenbeteiligungen, wobei der „Einstieg“ in die Beteiligung lakonisch „*krisenbedingt*“ genannt wird und der Versuch auffällt, die Verantwortung des politischen Führungspersonals zu sozialisieren, indem das Pronomen „*wir*“ mit „*Staat*“ verbunden wird: „*Wir als Staat müssen aus den krisenbedingten Beteiligungen in Deutschland Schritt für Schritt aussteigen*“.²

Einerseits verfügen die Deutschen über verborgene innere Kräfte, um Krisen zu bewältigen, die angeblich oder tatsächlich von außen kommen. Andererseits werden sie im Verhältnis zum Staat passiv gesehen. Die Deutschen sind Empfänger: Vom Staat empfangen sie Kindergeld und Arbeitschancen: „*Wir haben Familien mehr Kindergeld gegeben*“; „*indem wir den Menschen wieder eine Arbeitschance geben*“; „*ist es unsere Hauptaufgabe ... Hartz IV Empfängern wieder bessere Vermittlungsmöglichkeiten zu geben*“. Arbeit ist demnach ein vom Staat verwaltetes und kontrolliertes Gut, das gerecht verteilt werden muss: „*Ob 2 Millionen Menschen weniger arbeitslos sind oder nicht, das ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit*“.

Die Deutschen sind Angstmenschen, und die Inflationsangst ist eine so besondere, dass sie sogar grammatisch in die Mehrzahl gesetzt wird: „*Weil das für die Menschen bedeutet, dass*

² Eine alternative Lesart wäre der sog. pluralis majestatis als Ausdruck der Macht einer Einzelperson.

sie keine Inflationsängste [!] haben müssen ...“. Der Staat (als Vater) nimmt dem Bürger (als Kind) die Angst. Die Menschen in ihrem Sicherheits- und Schutzbedürfnis müssen beruhigt werden: *„Vertrauen in Politik resultiert auch daraus, dass die Menschen berechenbare Verhältnisse haben und wissen, was auf sie zukommt“*; *„Für uns ist es Ausdruck ... unseres Bildes von Menschen [!], dass die Menschen wissen: Sie haben eine sichere Gesundheitsversorgung“*.

Zu diesem Bild des abhängigen Menschen passt, dass dieser die Dinge nur spürt, aber nicht erkennen kann. Nur die Politik bzw. die Regierenden können verstehen und erklären, wie die Dinge sind: *„... dass wir die Aufgaben für die Zukunft endlich ernst nehmen ... Das ist das, was die Menschen spüren. Die Menschen in diesem Land spüren das ganz genau“*. Es ist Pflicht der Politik, *„den Menschen zu erklären, dass neue Infrastruktur gebaut werden muss.“*

„Links“ wird mit *„Gegen alles und jedes“-*Sein gleichgesetzt und zum Feind des Technologiestandorts Deutschland stilisiert: *„Bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen braucht man keine Bürgerbefragung in Stuttgart.“* Die Politik kennt ganz offensichtlich die Zukunft, und die Bürger kennen sie nicht: *„Die Aufgabe heißt ... mit den Menschen darüber zu sprechen, was richtig und wichtig für unsere Zukunft ist. Das machen wir.“*

Leistung wird vor allem als freiwilliges soziales Engagement verstanden, um *„diese Gesellschaft menschlich zu gestalten“*. *“Wer den Eindruck erzeugt, dies könne allein der Staat tun, hat ein falsches Menschenbild“*. Hier wird ein aktives Bürgerbild erkennbar. Dieses bezieht sich jedoch auf das soziale Engagement, sodass der Verdacht aufkommt, dass implizit die Vorstellung einer Arbeitsteilung vorherrscht, wonach sich der Staat um die Technologieführerschaft und die *„Menschen im Ehrenamt“* um das Soziale kümmern.

Christian Wulff

Christian Wulff definiert in seiner Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit den Bürger über das, was dieser politisch und wirtschaftlich leistet. Zu den politischen Leistungen zählt er vor allem den Mut der *„Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler“* der DDR und den *„Freiheitswille[n] der Menschen“*. Aber auch die Solidarität gehört zu den Leistungen, die er würdigt. Zum einen die Solidarität der Westdeutschen mit den Ostdeutschen, zum anderen die Solidarität der Ostdeutschen, die *„den allergrößten Teil des Umbruchs geschultert haben“*.

Neben Solidarität werden Toleranz, Kompromissfähigkeit und die Fähigkeit zum sozialen Ausgleich als Werte betont.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Leistungen der Bürger nimmt Wulff Bezug auf die Zuwanderer in der Nachkriegszeit, die entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands beigetragen haben. Für die heutige Zeit nennt er die Bündnisse zwischen Beschäftigten, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die dafür gesorgt haben, dass Deutschland die Krise bisher relativ gut gemeistert hat.

Unterschiede lösen zwar Ängste aus, aber Deutschland lebt von seiner Vielfalt und braucht aufgeschlossene Menschen. Gleichheit ist in diesem Kontext nicht mehr politisch-rechtliche Gleichheit, sondern Gleichheit erscheint als Bedrohung von Vielfalt und Entwicklungsfähigkeit. So wird unter der Hand aus Gleichheit Gleichmacherei: *„Zu viel Gleichheit erstickt die eigene Anstrengung.“* Stand im 19. Jahrhundert die Bildung im Vordergrund, so wird der Mensch im Deutungskontext des Standortwettbewerbs auf seinen Kopf und seine Klugheit reduziert: *„Im Wettbewerb um kluge Köpfe müssen wir die Besten anziehen und anziehend sein, damit die Besten bleiben.“*

Achtung finden die Menschen, sofern sie Beiträge zum Ganzen leisten: *„Wir achten jeden, der etwas beiträgt zu unserem Land ...“* Und sofern diese Beiträge ausbleiben, macht sich die Vorstellung geltend, dass der Staat mit Pflichtappellen und der Organisation von Freiwilligkeit nachhelfen sollte: *„Andere organisieren sich ehrenamtlich – warum nicht auch in einem freiwilligen sozialen Jahr für Ältere?“*

Joachim Gauck

Joachim Gauck zeichnet in seiner Kandidatur-Rede für das Amt des Bundespräsidenten ein Bild von einem Bürger, der aktiv und freiheitsliebend, eigenverantwortlich und engagiert sowie politisch ist. Dabei ist Freiheit ambivalent: *„Die Gestaltung der Freiheit ist generell der Gefahr ausgesetzt, durch die Angst vor ihr ... gehemmt zu werden.“* Beweise für den aktiven Bürger sieht er in der Bürgerrechtsbewegung der DDR, in der sich die Bürger gegen eine Diktatur auflehnten und für ihre Freiheit auf die Straße gingen. Auf diese Weise haben sie sich Freiheit von Unterdrückung erkämpft, doch Gauck weist darauf hin, dass dieser neue Raum mit einer *„Freiheit zu etwas“* gefüllt werden muss.

Damit dieser Raum sinnvoll gefüllt wird, ist es notwendig, dass die Bürger bereit sind, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich für ihre Gemeinschaft einzusetzen, Gauck umschreibt das mit dem Wort „*Bürgersinn*“. Er hebt besonders die Ehrenamtlichen hervor, die er „*Vertreter einer lebendigen Bürgergesellschaft*“ nennt. Jeder soll sich nach seinen Fähigkeiten für die Gemeinschaft einsetzen und Verantwortung übernehmen. Dazu gehört auch die politische Verantwortung des Wählens. Allerdings sieht er auch, dass diese Beteiligung für Menschen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen werden, schwierig ist. So verweist er auf die Geschichte einer Migrantin, die sich immer noch nicht in Deutschland zu Hause fühlt, obwohl sie schon lange in Deutschland lebt und erfolgreich im Beruf ist.

Sigmar Gabriel

In seiner Parteitage Rede verweist Sigmar Gabriel explizit auf das Menschenbild der SPD, d. h. auf ein „*aufgeklärtes und emanzipatorisches Bild vom Menschen und seinen Entwicklungsmöglichkeiten*“. Die „*Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können*“, ist bedroht. Zu denen, die diese Freiheit bedrohen, gehören auch die Finanzmärkte: „*für uns sind Bürger keine Objekte von Finanzmarktentscheidungen*“. Zum Bürgerbild gehört das Instrument der *Bürgerinitiative* ebenso wie die geplante *Bürgerversicherung* als Abwehr der Zweiklassen-Medizin in einem Staat, der Gesundheit als marktfähiges und privatisierbares Gut behandelt. Vor allem aber gehört zum Bürgerbild, dass *die Bürger [über Stuttgart 21] entscheiden können*, d. h. die Bürgerbeteiligung in allen Belangen, die den Alltag der Bürger tangieren.

Sigmar Gabriel nimmt ferner Bezug auf den Steuerbürger („*die Bürger zur Kasse bitten*“) und den Staatsbürger („*Staatsbürgerschaft*“). Historisch macht sich noch die semantische Opposition zwischen Arbeiter und Besitzbürger („bourgeois“) geltend: „*Bündnis zwischen Arbeitnehmern ... und aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern, Selbstständigen und kritischen Intellektuellen.*“ Der Ausdruck Bürger wird hier als Klassenbegriff verwendet (vgl. auch die Äußerung „*diese bürgerliche und durchaus auch sozialdemokratische Debatte*“).

Woraus die „*bürgerliche Mitte*“ in der Vorstellung Sigmar Gabriels besteht, erschließt sich aus Äußerungen wie der folgenden: „*Denn Merkel macht Platz in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft. Das sind die, die sich für Aufstieg, Bildung und Leistung interessieren, aber auch für sozialen Ausgleich, Umwelt- und Verbraucherschutz.*“ Der Ausdruck „*bürgerliche Mitte*“ bezeichnet demnach keine soziologische Erscheinung, sondern eine Haltung, die sich aus Leistungsorientierung und sozialer Verantwortung speist.

Mit bedingt durch die Länge der Rede und dadurch, dass tausend Themen angesprochen werden, gehen diese unterschiedlichen Aspekte des Bürgerbildes unter, sodass als erster Eindruck ein sehr schillerndes Verständnis entsteht, zu dem vor allem beiträgt, dass das Verhältnis zwischen Bürgerlichkeit und Sozialdemokratie zwischen durchaus auch inszeniertem Klassenbegriff (Vergangenheit) und projiziertem Einstellungsbegriff (Zukunft) oszilliert (s.o.).

Thomas de Maizière

In seiner Rede anlässlich der Konferenz "Islamischer Religionsunterricht in Deutschland – Perspektiven und Herausforderungen" erörtert Thomas de Maizière das Verhältnis zwischen Staat und Religion und geht dabei von der nicht weiter begründeten Annahme aus, Religion sei „*das, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhalte*“ – freilich auch etwas, „*was unsere Gesellschaft auseinandertreiben kann*“. Der Minister führt aus, wie sich der Staat allmählich von der Kirche emanzipierte und die Toleranz in religiösen Fragen garantierte. Die Trennung von Kirche und Staat wird als „*Errungenschaft der Moderne*“ bezeichnet, wobei der Begriff der Trennung mehr ein absolutes denn ein graduelles Verständnis nahelegt. „*Eine Erziehung zu Religionsmündigkeit, Offenheit und Dialog wäre ... eine wichtige Immunisierung gegen extremistische Positionen.*“ Der Minister adressiert keine Individuen; wenn er vom Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaft spricht, dann meint er ausschließlich organisierte Religionsgemeinschaften, denn als Kooperationspartner für den Staat kommen nur Verbände und Personenvereinigungen in Frage: „*Kernpunkt ist vielmehr die Frage, wie eine Religionsgemeinschaft organisiert sein muss, damit sie als Kooperationspartner des Staates handeln kann.*“ Verfügt eine Religionsgemeinschaft nicht über die entsprechenden Strukturen, scheidet sie als Ansprechpartner aus.

Thomas de Maizière setzt großes Vertrauen in die Möglichkeiten eines islamischen Religionsunterrichts im Rahmen des deutschen Modells „*fördernder Neutralität*“, wobei diese Neutralität vom Staat durchaus auch als Wegschauen praktiziert worden ist bzw. praktiziert wird. Und dieses Wegschauen betrifft nicht nur den Islam, sondern z. B. mit Blick auf zentrale Fragen der Gleichberechtigung der Frau, die gleichgeschlechtliche Liebe und das Arbeitsrecht kirchlicher Organisationen auch die christliche Religion.

Wolfgang Schäuble

In seiner Rede zur Reform der europäischen Finanzregeln zeichnet Wolfgang Schäuble ein widersprüchliches Bürgerbild. Spricht er allgemein von „*uns Deutschen*“ oder „*Deutschland*“, dann steht vor allem Deutschlands Wirtschaftleistung im Vordergrund: „*Wir sind eher eine Wachstumslokomotive als das Gegenteil.*“ Spricht er aber ausdrücklich von den Bürgern, dann scheint sich seine Einstellung plötzlich zu ändern. Die Bürger erscheinen dann nämlich als Anspruchsgruppen und die Politik erscheint als Lieferant: „*Wir haben Preisstabilität geliefert, und das ist genau das, was übrigens die Deutschen erwartet haben und auch erwarten durften.*“ Allerdings haben die Bürger zwar kein Reklamationsrecht, dafür aber großen Bedarf daran, dass jemand sie über ihre eigenen Interessen informiert: „*Aber ich bin zuversichtlich, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zunehmend [!] verstehen, dass es im eigenen, wohlverstandenen Interesse, auch in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse notwendig ist.*“ Die Politik mahnt Einsicht in Notwendigkeit an und gibt sich paternalistisch großmütig, dass diese Einsicht auch beim Wähler eintreten wird.

Guido Westerwelle

Guido Westerwelles Rede anlässlich der Botschafterkonferenz des türkischen Außenministeriums zeigt den Ausdruck „Bürger“ in zweierlei Bedeutung, und zwar im juristischen Sinne von ‚Staatsbürger‘ und in der Bedeutung von ‚Mitbürger‘: „*Etwa 2,7 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln leben in Deutschland, darunter übrigens mehr als 700.000 als deutsche Staatsbürger...*“; „*Die Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund hat die Bundesregierung als eine ihrer Schlüsselaufgaben identifiziert.*“ Der in der Politik üblich gewordene Jargon-Ausdruck „*Mitbürger mit Migrationshintergrund*“ ist ganz allgemein ein Beispiel dafür, dass „gut gemeint“ und „gut gemacht“ zwei verschiedene Dinge sind. Diskursiv, d.h. durch die Wortwahl wird gerade jener Graben vertieft, der eigentlich zugeschüttet werden soll.

Bürgerliche Tugenden wie „*Ehrgeiz, Fleiß und Bildung*“ werden den ehemaligen Gastarbeitern attestiert und somit nach wie vor als Voraussetzungen gesellschaftlichen Aufstiegs ausgewiesen: „*Mit persönlichem Ehrgeiz, Fleiß und Bildung ist vielen, deren Großeltern oder Eltern einst einen der Gastarbeiterzüge am Istanbuler Bahnhof Sirkeci bestiegen hatten, ein bemerkenswerter gesellschaftlicher Aufstieg gelungen.*“

Guido Westerwelles sicherheitsorientiertes Bürgerbild erinnert an das Bürgerbild von Angela Merkel. Die Bürger profitieren von Leistungen des Staates und werden im Gegenzug durch den Staat geschützt. Der Staat schützt die Bürger vor terroristischen Angriffen und auch die NATO sorgt für die Sicherheit der Bürger. Wer anderer Meinung ist und diese auch kundtut, ist jemand, den es zu belehren gilt *„Auch diejenigen, die gerne gegen die NATO demonstrieren – das ist ihr gutes Recht – dürfen nicht vergessen: Es ist auch das Ergebnis unserer erfolgreichen Sicherheitspolitik und des Bündnisses der NATO, dass sie diese Demonstrationsfreiheit wahrnehmen dürfen.“*

In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat betont der Außenminister die Freiheit, das eigene Leben gestalten zu können, die Freiheit von Zwang, die Wichtigkeit der politischen Beteiligung, die Menschenrechte und die Freiheit, sich wirtschaftlich betätigen zu können: *„People want to decide themselves how to live their lives“*; *„Repression of political participation, repression of human rights and economic freedom will lead to instability.“*

4. Gesamtbewertung

Fasst man die Reden zusammen, dann zeichnen sich folgende Tendenzen ab: (i) der Bürger als Fragezeichen, d. h. als ein schwer fassbares und womöglich sich aus der Geschichte verabschiedendes Subjekt, (ii) der widerständige Bürger einer Diktatur und der widerspenstige Bürger einer Demokratie, wobei es sich bei der Widerspenstigkeit um eine Projektion der Politiker handelt, die dazu tendieren, Bürger wie Kinder zu behandeln, (iii) der Bürger als jemand der belehrt und beruhigt werden muss (Vater Staat/Kind Bürger), (iv) der Bürger als Empfänger staatlicher Gaben und als staatlicher „Ehrenamts“-Arbeiter, (v) der Bürger als Mensch, der Freiheit fürchtet aber Freiheit braucht, um sich und die Gemeinschaft zu entwickeln, (vi) der Bürger, der Freiheit zur Eigenverantwortung mit Bildungsstreben und Fleiß vereint, und der die Hoffnung auf ein besseres Leben für sich und seine Kinder hegt, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die das zulassen, recht selten thematisiert werden.

4.1 Der Bürger ist ein großes Fragezeichen

Wer der Bürger ist, wissen Politiker nicht so genau. Ihr Bürgerbild ist diffus bis widersprüchlich. Oft hat man das Gefühl, dass sich darin die Geschichte des Bürgertums

selbst spiegelt, aber dann hofft man doch, dass die Elite unserer Republik in der Lage wäre, die großen und nicht selten einander widerstreitenden geistigen Fäden zusammenzuführen und ein stimmiges Zukunftsbild zu zeichnen. Diffus bleibt das Bürgerbild, weil „Bürger“ heute selten ein auszeichnendes Merkmal zu haben scheint, und widersprüchlich, weil verschiedene Perspektiven miteinander vermengt werden. Auffallend ist insbesondere der Gebrauch von "Mensch" und "Bürger".

Nicht nur der Bundespräsident zieht in seinen Reden das Wort "Mensch" dem des "Bürgers" vor, sondern auch die Bundeskanzlerin scheint das Wort "Bürger" nur deshalb zu gebrauchen, um den Ausdruck "Menschen" nicht zu wiederholen und das Publikum nicht zu langweilen. Stilistische Frische ersetzt inhaltliche Unterscheidungen, das Bequeme des Menschlich-Universalistischen die Mühsal der Ebene. Diesem Bürgermenschen steht dann ein Staat gegenüber, der entsprechend verschiedene Masken aufsetzt: Will der Bürgermensch Versorgung und Sicherheit, hat er es mit dem Versorgungsstaat zu tun; ist er nur ein Mündel, dann ist der Vormundstaat am Werke und ist er Beitragsbürger, dann greift der Sozialstaat ein. Es sind diese Staatsfunktionen, welche die Bundeskanzlerin meint, wenn sie von „Wir“ spricht, zuweilen auch die eigene Regierung.

Bei Sigmar Gabriel zeigt sich die Inkonsistenz seiner Begriffe darin, dass er den "Bürger" vom "Arbeitnehmer" und "Intellektuellen" unterscheidet. Historisch hatte der Bürger im 19. und 20. Jahrhundert dem "Arbeitnehmer" Gleichheit versprochen. In die Intellektuellen, d. h. in die Künstler und Bohemiens hatte der (Besitz-)Bürger zwar literarisch sein schlechtes Gewissen projiziert, sich daneben allerdings weitestgehend nur für den eigenen Geldbeutel interessiert. Die Bürger des Siegmars Gabriel sind aufgeklärte (Besitz-)Bürger und werden von Arbeitnehmern, Selbstständigen und kritischen Intellektuellen unterschieden. Was ein „kritischer Intellektueller“ ist, bleibt Siegmars Gabriels Geheimnis, falls er nicht Intellektuelle meint, die auf seine Linie liegen: *„Das weiß am Ende auch das aufgeklärte Bürgertum. Deswegen kämpfen wir nicht gegen andere Parteien, sondern um ein neues Bündnis zwischen Arbeitnehmern ... aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern, Selbstständigen und kritischen Intellektuellen“*.

Sigmar Gabriel entwickelt im Verlauf seiner Rede drei Bürgervorstellungen: der Bürger als Besitzbürger (Bourgeois) im Unterschied zum Arbeiter, der Bürger als Aufstiegs-, Bildungs- und Leistungsbürger im Unterschied zu denen, die sich in die soziale Hängematte legen, und

der Bürger als aufgeklärter Bürger bzw. emanzipierter Mensch. Der Begriff des aufgeklärten Bürgers bleibt diffus, soll vermutlich aber dazu dienen, den Anspruch von CDU/CSU und FDP zurückzuweisen, die sich als bürgerliche Parteien inszenieren. Sigmar Gabriel schließt teilweise an Bedeutungsaspekte des frühen Bürgerbegriffs an und bestellt den Boden für den parteipolitischen Kampf gegen aktuelle Emanzipationsbedrohungen, denen der Mensch nach sozialdemokratischer Lesart durch die Globalisierung, anonyme Märkte, durch Privilegien, Ungleichheit etc. ausgesetzt ist.

Wie unsicher und defensiv Sigmar Gabriel bei der Formulierung einer sozialdemokratischen Identität vorgeht, verrät die Wendung *„diese bürgerliche und durchaus auch sozialdemokratische Debatte“*, eine Formulierung, die die Bruchlinie zwischen Emanzipationsanspruch einerseits und Klassenkampf andererseits sichtbar werden lässt. Eine zentrale Denkfigur ist für Gabriel das tradierte „Unten-Oben“-Schema der Sozialdemokratie, angewandt auf die Gegensätze Proletarier-Bourgeois, Arbeiter-Fabrikherr und ausgeweitet auf den Gegensatz Frau-Mann etc. Wollte Gabriel ein konsistentes Bürgerbild entwickeln, hieße dies, das vertraute Muster neu zu besetzen: Der Staat als Anwalt und Ermächtiger des Bürgers ist unten, großwahnsinnige Banken, Ratingagenturen, Lobbygruppen, Oligarchen und Konzerne sind oben. In diesem Falle würden Intellektuelle, Beamte und Arbeitnehmer ebenfalls zu Bürgern zählen und Gabriel hätte allen Grund, wieder zu kämpfen – dieses Mal im 21. Jahrhundert und in einem Staat, der allerdings noch lernen müsste, sowohl sich mit seinen Mitteln zu bescheiden als auch überhaupt zu entscheiden.

4.2 Der Bürger als Projektion eines widerspenstigen Kindes

Auch Angela Merkel bedient sich eines Unten-Oben-Schemas, das gelegentlich in ein Innen-Außen-Schema gewendet wird (*„die Menschen im Lande“*). Bürger sind für sie die kleinen Leute, womit sie wahrscheinlich in der Luthertradition steht, die vom sog. „gemeinen Mann“ spricht. Unten befinden sich die sozial engagierten, fleißigen Menschen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen – in der Lesart von S. Gabriel die *„Leute, die hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten“* - und oben befinden sich die Regierenden. Eine andere symbolische Sprache spricht übrigens die Architektur des Reichstages, denn im Reichstagsgebäude ist der Souverän oben (in der Kuppel), während die Parlamentarier unten im Plenum sitzen. Als Folge dieses räumlichen "Oben-Unten"-Musters ist Angela Merkels Denken auch hoheitlich gefärbt, wie z. B. im Satz *„... die Europäische Union gewährt ihren*

Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit". Ein solcher Gebrauch des Wortes "gewähren" stammt aus der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts und ist bis heute auch nicht aus der Herrschaftssprache der Banken gewichen, die Kredite „gewähren“, ganz so, als würden sie keine Geschäfte machen, sondern Wohltaten verteilen.

Die „kleinen Leute“ sind aus Sicht derer, die mehr auf das Funktionieren und weniger auf das Verbessern von Institutionen aus sind, widerständig bis lästig. Aus staatlicher Sicht ist der Bürger noch immer ein widerspenstiges Kind. Nur so ist die Formulierung Angela Merkels zu erklären: *„Wir tun den Menschen keinen Gefallen, wenn wir so tun, als ob wir das alles nicht mehr brauchen ... und aus ideologischen Gründen die Kernkraft abschalten.“* Und als wolle sie der Regression ihrer Zuhörer Vorschub leisten, wechselt sie in die Kindersprache: *„Hierzu sage ich ganz einfach.“*

Als sei es strittig, betont Thomas de Maizière im Zusammenhang mit dem Islamunterricht in Deutschland, dass Streit „legitim“ sei und „auch [sic!] positive Seiten“ habe. Zugleich postuliert er, dass *„das klassische Verhältnis „Staat – Religion“ [...] lange Zeit eher ein Thema für einen kleinen Kreis von interessierten Kirchenrechtlern“* gewesen sei, und übersieht dabei, dass es für nicht wenige Bundesbürger durchaus ein Ärgernis ist, dass in Deutschland der Staat im Auftrag der Kirche Steuern eintreibt und dass derselbe Staat seinem Volk die Gretchenfrage stellt: *„Wie hältst Du es mit der Religion?“* Als Diener desselben Staates behauptet der Minister, dass es bei der Religion *„um das [geht], was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält“* sowie um das, *„was unsere Gesellschaft auseinandertreiben kann“*. Solche Sätze sind nur möglich, wenn zwischen „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ nicht unterschieden wird und wenn im Hintergrund die Vorstellung einer „Staatsreligion“ wabert und derselbe Staat sich weigert, seine Bürger zu hören und stattdessen Verbänden den Vorzug gibt: *„Kernpunkt ist vielmehr die Frage, wie eine Religionsgemeinschaft organisiert sein muss, damit sie als Kooperationspartner des Staates handeln kann“* (de Maizière). Das kann freilich auch als Kontrollversuch des Staates und somit als Misstrauensbeweis desselben gegenüber seinen Bürgern gedeutet werden.

Die Menschen müssen gelobt und bestraft werden. Das ist umso wichtiger, als immer mehr Menschen ihre Angst – Angst vor der Macht, Angst vor der Zukunft, Angst vor dem Chef, Angst vor dem Jobverlust – abgelegt haben. Damit angstfreie Bürger sich für ihr Land einsetzen, müssen sie motiviert werden. Freiwillig – so der Umkehrschluss – geschieht das

offensichtlich nicht. Immerhin betont Joachim Gauck, der ehemalige Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten – aber nicht nur er - die Bedeutung der „*ehrenamtlich engagierten Bürger*“. Bezeichnend ist freilich auch hier, dass wohlfahrtstaatliches Denken von „Ämtern“ spricht, also sich der öffentlich-rechtlichen Begrifflichkeit bedient, um der selbstbestimmten Ehren-Arbeit einen Anstrich vom fremdbestimmten „Ehrentamt“ zu geben.³ Ganz offensichtlich fällt es Politikern aller Parteien schwer, die „Staatskinder“ erwachsen werden zu lassen und anzuerkennen, dass sie der Kontrolle entwachsen sind.

Dieselbe Vorstellung von Bürgern als unmündigen Personen kommt darin zum Ausdruck, dass Politiker die Menschen immer "mitnehmen" oder "abholen", als ob sie fortlaufend in Vater- oder Mutterrolle schlüpfen wollten, also in Rollen derer, die wissen, „wo’s lang geht“. Mitsprache kommt bei der Kanzlerin nicht vor, als Mit-Gestalter, Ideen-Geber und Umsetzer eigener Ideen steht der Bürger nicht auf ihrer Rechnung, von Einmischung in den Prozess der politischen Willensbildung ist kaum die Rede. Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstentfaltung werden nur dann betont, wenn es entweder um vergangene Ereignisse wie die Überwindung von Diktatur, z. B. in der DDR (so Christian Wulff und Angela Merkel über die „*Bürgerbewegung*“) geht, oder wenn der Mensch bzw. ein abgespaltener Teil der Person als Mittel zum Zweck erscheint: „*Kluge Köpfe*“ für die Wirtschaft (Christian Wulff).

Es fällt Politikern schwer, im Bürger die Lösung eines Problems zu sehen. Vielmehr sehen sie ihn als Teil ihrer Probleme. In dieser Rolle erscheint der Bürger eben nicht als „Bürger“, sondern als von der Bürokratie atomisiertes Anspruchs-, Forderungs- und Förderungs-Subjekt: "Steuerzahler", "Ältere", "Alleinerziehende", "Erwerbstätige", "Erwerbslose", "sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte" etc. Damit zerfällt der Bürger in die ihm aus Abteilungssicht der Ministerien zugeordnete Rollenvielfalt, die wiederum den innersten Raum der bürgerlichen Autonomie bedrängt. Da die Bürger als Menschen unpolitisch gedacht werden, reagieren diese aus Sicht der Politiker wie Kinder mit "Verdrossenheit", Apathie oder Wut⁴.

³ So in einer Rede von Bürgermeister Hans-Josef Vogel (Arnsberg/Westfalen) auf den Punkt gebracht.

⁴ Der Ausdruck „Wutbürger“ ist eigentlich eine Beleidigung aller Bürger und sollte nicht gebraucht werden. Auch hier haben wir es mit einer Projektion zu tun, wobei die Projizierenden sich selbst als Erwachsene sehen und die Bürger als Kinder.

4.3 Der Bürger ist Versorgungsempfänger und Leistungsersteller

Zumindest formal ist die bundesrepublikanische Welt dort noch in Ordnung, wo der Mensch klar als Objekt regierungsamtlicher Fürsorge, patriarchaler Behütung und versorgungs- wie versicherungstechnischer Überwachung gesehen wird. Dass bei diesem staatlichen Durchgriff sowohl der psychische Haushalt der Bürger als auch der monetäre Haushalt des Staats aus den Fugen gerät, verwundert nicht. Dass die Bundeskanzlerin als Frau ein patriarchalisches Bürgerbild pflegt, muss kein Widerspruch sein, findet doch jede Kultur, deren innere Widersprüche nicht besprochen werden dürfen, einen Weg, auch das neue Führungspersonal in Dienst zu nehmen. Sicherheit, Leistung, Solidarität und Wohlstand sind das Saatgut, von dem sich die Regierenden versprechen, dass es in einem Klima der Behütung und Kontrolle am besten gedeiht. So erscheint die Republik als ein Treibhaus - eine Metapher, die zugleich der Titel des gleichnamigen Romans von Wolfgang Koeppen aus dem Jahr 1953 ist, der schon damals die Ghettoisierung des Berufspolitikers zum Thema machte.

Bürger sind also auf Sicherheit bedacht und dürfen nicht überfordert werden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Regierung als natürlicher Segen, Feuerwehrmann und Weihnachtsmann in Personalunion. Die Regierung führt, rettet und gibt: *„Wir haben natürlich [sic!] ... wichtige Weichenstellungen vorgenommen ... eine Kreditklemme verhindert ... Familien mehr Kindergeld gegeben ... eine Rekordsumme ... in die Infrastruktur gesteckt“* (A. Merkel). Aber Gebende ist die Regierung nur auf den ersten Blick, denn tatsächlich handelt sie ganz anders: der Staat überzieht zwar den Bürger mit immer mehr und immer widersprüchlicheren Forderungen, tut aber so, also ob er den Bürger vor Überforderung in Schutz nehmen wollte; derselbe Staat, der in die Beteiligung hineingeht, soll auch wieder herausgehen, wobei die Beteiligung ein Fahrzeug zu sein scheint, dessen Richtung andere bestimmen: *„Wir als Staat müssen aus den krisenbedingten Beteiligungen in Deutschland Schritt für Schritt aussteigen“* (A. Merkel) und derselbe Staat, der den Steuerzahler in Haftung nimmt, verspricht, künftig die Krisenverursacher am Risiko zu beteiligen: *„... umso mehr Abgabe muss gezahlt werden, damit in Zukunft nicht mehr der Steuerzahler für solche Krisen eintreten muss, sondern die Banken das selber tun“* (A. Merkel).

In dieses Bild passt auch das materialistische Menschenbild der Kanzlerin: *„... diese unschätzbar wertvollen Güter [sic! i. e. Frieden und Freiheit], die die Grundlage unseres Lebens in Wohlstand und sozialer Sicherheit bilden, können wir in Europa nur gemeinsam*

stärken und bewahren". Ist Ziel der EU etwa der satte und behütete Mensch „in Wohlstand und sozialer Sicherheit“? Gehen wir davon aus, dass Europa nur in fetten Jahren zählt und in mageren abgeschrieben wird? Klingt hier nach, dass das Bürgertum sich selbst vorwirft, die vermeintlich göttliche Ordnung dem neuen höchst instabilen Reglement von Einkommen und Besitz geopfert zu haben? Müssen wir deshalb Panzer nach Saudi-Arabien exportieren? Ist der Wohl-stand der letzte Stand in Zeiten einer bürgerlichen Nicht-Stände-Ordnung?

Zurecht erinnert uns Peter Sloterdijk: "Sollte es je zu einer intellektuellen Regeneration des politischen Liberalismus kommen, sie müsste von der Erkenntnis ausgehen, dass Menschen nicht nur habenwollende, giergetriebene, süchtige und brauchende Wesen sind, die freie Bahn für ihre Mangelgefühle und ihren Machthunger fordern. Sie tragen ebenso das Potenzial zur gebenwollenden, großzügigem und souveränem Verhalten in sich. Dieser Hinweis war nie so wichtig wie gegenwärtig."

4.4 Der Bürger braucht Freiheit, um sich entwickeln zu können

Joachim Gauck thematisiert in seiner Präsidentschaftskandidaten-Rede die Freiheit, verbunden mit „Bürgersinn“ in der Bedeutung von ‚Eigenverantwortung‘. „Freiheit“ ist für ihn etwas, das die Menschen „beflügelt“, das „Sehnsucht“ erweckt. „Die Gedanken sind frei“, dieses Lied - stets Ausdruck von Humanität und Protest – wurde „in der Kirche und in der Familie“ gesungen: „Wir hatten den Druck, die Normen, die Uniformität, die Einschüchterung abgeschüttelt. Und wir hatten erhalten, wonach wir uns gesehnt hatten – die Freiheit zu etwas: die Freiheit des Denkens, der Meinung, die Freiheit der Selbstverwirklichung nach unseren Möglichkeiten. Doch diese Freiheit hatten wir als Bewohner einer Diktatur [sic!] nicht lernen und einüben können“. „Menschen“, die frei sind, müssen auch „Verantwortung für diesen, unseren gemeinsamen Staat tragen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, unabhängig von ihrer Kultur, Religion und Ethnie“ (J. Gauck). Und es sind „erst diese Bürger, die sich in Beziehung zu anderen setzen, [die] aus unserer Demokratie jenes lebendige Gebilde [machen], das Partizipation ermöglicht und Identifikation neben den Parteien schafft“ (J. Gauck).

Es fällt auf, dass J. Gauck von den „Bewohnern im Westen“ und den „Bewohnern einer Diktatur“ spricht, ganz so, als würden die Menschen einen Landstrich bzw. eine Herrschaftsform besiedeln. Sein Sprachbild soll wohl nahelegen, dass die Menschen sich

eingerrichtet hatten. In der Gegenwart sieht J. Gauck diesen Anspruch eingelöst, wenn auch nur – so legt es seine Formulierung nahe – als eine Art Koexistenz von Parteien und Bürgern, wobei die Bürger aus der Demokratie dasjenige Gebilde machen, das „*Identifikation n e b e n [sic!] den Parteien*“ schafft.

4.5 Der Abschied des Bürgers aus der Geschichte?

Halten wir fest: Häufiger als von Bürgern sprechen die Politiker von Menschen, der vor allem auf Sicherheit bedacht ist. Freiheit, Toleranz, Emanzipation, Bildung, Selbstbewusstsein, Eigenverantwortung, Gerechtigkeit, Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl sowie Fleiß und Klugheit sind in den Reden zwar noch präsent, aber sie werden eher beschworen und benutzt, als dass mit ihnen eine stimmige und motivierende Zukunftsvorstellung entworfen würde. Die Freiheit bzw. der Freiheitsmut, der zur deutschen Einheit führte, wird mehr verklärt, als dass ihr Schwinden im vereinigten Deutschland bemerkt würde. Toleranz und Solidarität werden verwaltet. Sparsamkeit findet keine besondere Aufmerksamkeit. Immerhin wird bemerkt, dass die Möglichkeit eines emanzipierten Lebens durch die globalen Finanzmärkte bedroht wird. An die Stelle der Bildung ist ein ökonomisiertes Konzept der klugen Köpfe bzw. der Besten getreten, mit denen sich angeblich der Technologiestandort Deutschland sichern lässt. Sogar die Gleichheit scheint ausgedient zu haben und wird als ‚Gleichmacherei‘ unter Generalverdacht gestellt: „*Zu viel Gleichheit erstickt die eigene Anstrengung*“ lässt uns Christian Wulff wissen.

Verbände und Parteien sind „gute“ Personenvereinigungen, Bürgerinitiativen und somit Formen der Beteiligung und Selbstorganisation erscheinen als suspekt. Überhaupt muss der Bürger nicht allzu viel wissen und sollte sich mit den Erklärungen derer, die vorgeben zu wissen und ansonsten schweigen, zufrieden geben. Ruhe ist Bürgerpflicht, diese Botschaft schwingt noch immer mit.

Ist der politisch aktive Bürger suspekt, so ist der sozial engagierte Bürger willkommen, passt er doch in das Schema der Arbeitsteilung, die da lautet: Der Staat pflegt den Technologiestandort und seine „systemrelevanten“ Banken, und die Bürger kümmern sich um das Soziale. Dass die Bürger dabei so ganz nebenbei auch noch die maroden Banken finanzieren, die das Geld der Bürger vernichten statt zu vermehren, wird nicht weiter thematisiert oder problematisiert. Die Bürger, die sich um das Soziale kümmern sollen, sollen

dies nicht in freier Selbstbestimmung tun dürfen. Willkommen, respektiert und geachtet wird, wer sich im Rahmen eines fremdbestimmten „ehrenamtlichen“ Engagements betätigt.

Die besonderen Fähigkeiten und Talente der Bürger interessieren Politik und Staat weniger als die Möglichkeit, dem Bürger Merkmale zuzuweisen, die dessen reibungslose administrative Beherrschung garantieren. Man denke an die Steueridentifikationsnummer, die am 1. Juli 2007 eingeführt wurde und auch 20 Jahre nach dem Tod eines Bürgers gültig bleiben soll. Feiert etwa die am 1. Januar 1970 in der DDR eingeführte Personenkennzahl ihre gesamtstaatliche Wiedergeburt? Man denke daran, dass mit Ausnahme der DDR-Diktatur das den Bürgern durch ihre Staaten angetane Leid nicht mehr präsent zu sein scheint.⁵

Wenn Politiker über "Bürger" reden – sei es klar, diffus oder widersprüchlich – sprechen sie implizit auch über ihr Staatsverständnis und über das Verhältnis Bürger und Staat. Ob und wie Vorstellungen, die in Reden bewusst oder unbewusst, gezielt oder beiläufig, am Werke sind, auch das Handeln der Politiker prägen und welche andere Optionen möglich wären, wenn Redner sich Klarheit über ihre Bürgerbilder verschafften, ist schwer vorauszusagen. Doch reichen die obigen Streifzüge aus, um auf Ungereimtheiten hinzuweisen, die in Reden mitschwingen und die immer auch mit dem Risiko behaftet werden, dass die Wahlbürger genau jene Rolle annehmen, die ihnen zugedacht ist, sei es, dass die Rollenübernahme aus Unwissenheit, verdrängten Ängsten, aus Bequemlichkeit oder Not geschieht. Aufschlussreich ist auch dasjenige, was nicht gesagt wird.

Nur spärlich und allgemein sind die Hinweise auf die großen Umbrüche und Spannungen unserer Zeit, noch „hinterm Horizont“ sind die Fragen, wie wir eigentlich leben wollen und müssen in einer Zeit, in der Wachstum im alten Verständnis keine Antwort mehr auf die sozialen und ökologischen Fragen der Gegenwart und Zukunft geben kann. Es fällt auf, dass die bürgerliche Tugend der Sparsamkeit, die ja ein Leben in Wohlstand nicht ausschließt, wenn Wohlbefinden nicht mit Reichtum gleichgesetzt wird, so gut wie nicht beschworen wird. Der Konsumbürger prägt noch immer unsere Kultur und unser Denken. Vielleicht müssen wir auch einmal nach England schauen. Dort spielt sich nach Frank Schirrmacher das „komplette Drama der Selbstdesillusionierung des bürgerlichen Denkens“ ab (www.faz.net Abruf vom 6.11.2011).

⁵ 30.000 tote Soldaten, Bürger aus allen Schichten, waren für die Befehlshaber des 1. Weltkrieges kein Problem, um 200 Meter Geländegewinn zu rechtfertigen. Es gab in ganz Deutschland keine Familie, die nicht um den Verlust eines männlichen Mitgliedes trauerte.